

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 03.09.2015
Sitzung Nummer:	16 (KVPA/16/2015)
Sitzungsdauer:	15:32 - 17:05 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Carsten Wulfänger
Vorsitzender

Pauline Küssner
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Carsten Wulfänger

Mitglieder

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Nico Schulz

Herr Eike Trumpf

Herr Frank Wiese

Stellvertreter

Herr Lars Schirmer

Herr Marcus Schreiber

Vertretung für Herrn Wolfgang Kühnel

Protokollführer

Frau Pauline Küssner

von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber

Frau Birgit Hartmann

Herr Edgar Kraul

Frau Almut Krüger

Frau Anja Krüger

Herr Sebastian Stoll

Abwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Annemarie Theil

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde

- 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 13. Sitzung des KVPA vom 11.06.2015, der 14. Sitzung des KVPA vom 09.07.2015 und der 15. Sitzung des KVPA vom 06.08.2015
 - 6 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 15. Sitzung des KVPA vom 06.08.2015
 - 7 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
hier: Nachwahl für ausgeschiedene Mitglieder
Vorlage: 149/2015
 - 8 Maßnahmenkatalog zur Sicherung der Aufnahme/Betreuung von Flüchtlingen im Landkreis Stendal
Vorlage: 123/2015
 - 9 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat, Herr Wulfänger, eröffnet um 15:32 Uhr die 16. Sitzung des Kreis-, Vergabe und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur Sitzung des KVPA erfolgte frist- und ordnungsgemäß,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 6 Mitglieder des KVPA + der Landrat anwesend. Es fehlen Herr Kühnel und Frau Theil. Herr Kühnel wird durch Herrn Schreiber vertreten und Frau Theil durch Herrn Schirmer (siehe Anwesenheitsliste).

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.

Die Tagesordnung des KVPA wird somit vom Landrat ohne Änderungen und in der vorliegenden Form festgestellt.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 13. Sitzung des KVPA vom 11.06.2015, der 14. Sitzung des KVPA vom 09.07.2015 und der 15. Sitzung des KVPA vom 06.08.2015

Der Landrat fragt nach Anmerkungen zu den übergebenen Niederschriften.

Es liegen keine Einwende vor.

Der Landrat stellt sodann den öffentlichen Teil der Niederschrift der 13. Sitzung des KVPA vom 11. Juni 2015, der 14. Sitzung des KVPA vom 9. Juli 2015 und der 15. Sitzung des KVPA vom 6. August 2015 fest.

zu TOP 6 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 15. Sitzung des KVPA vom 06.08.2015

Der Landrat gibt folgenden in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss der 15. Sitzung des KVPA vom 06.08.2015 bekannt:

Drucksache Nr. 148/2015: „Nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung gem. § 3 Abs. 1 VOL/A sowie rechnerischer, technischer und wirtschaftlicher Prüfung wird beschlossen, für die freigestellte Schülerbeförderung 2015/16 des Landkreises Stendal folgenden Firmen den Zuschlag zu erteilen:

- Los 1/Tour 24-1 und Los 4/Tour 30-5
Taxi Schirmer GmbH aus Stendal
- Los 2/Tour 30-3 und Los 6/Tour 53
Taxi-Schmidt GmbH & Co. KG aus Stendal
- Los 3/Tour 30-4
Burghard Wieczorek, Tangermünder Reisedienst aus Tangermünde
- Los 7/Tour 55 und Los 10/Tour 61
Heeder-Reisen, Norman Heeder, Altstadt 26 aus Seehausen
- Los 8/Tour 56
Reisebüro Heeder, Große Brüderstr. 9 aus Seehausen
- Los 9/Tour 59
Taxibetrieb Günter Endrejat aus Stendal
- Los 11/Tour 62
Heeder Bus GmbH, Große Brüderstr. 9 aus Seehausen

Die einzelnen Auftragssummen für die genannten Lose/Touren sind der Vergabedokumentation zu entnehmen. Die Auftragssumme insgesamt für das Schuljahr 2015/2016 beträgt 158.166,97 EUR (brutto). Das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Stendal liegt vor.“

Der Landrat verweist auf die Sondersitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 6. August 2015, in der die Vergaben für die Freigestellte Schülerbeförderung beschlossen werden mussten. Die Zahlen lagen erst im Mai bzw. Juni vor. Es erfolgte dann die Ausschreibung. Dies musste vor Schuljahresbeginn erfolgen. Insofern war diese Sondersitzung notwendig.

**zu TOP 7 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
hier: Nachwahl für ausgeschiedene Mitglieder
Vorlage: 149/2015**

Der Landrat erklärt, dass die beiden vorliegenden Vertreter des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschland e.V. (CJD) nicht mehr für diesen tätig sind.

Gemäß § 4 Abs. 5 Satz 2 KJHG-LSA ist eine Ersatzperson für den Rest der Amtsperiode auf Vorschlag derjenigen Stelle, die das ausgeschiedene Mitglied oder stellvertretende Mitglied vorgeschlagen hat, zu wählen, wenn ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied vor Ablauf der Wahlzeit ausscheidet.

Da vom CJD beide Mitglieder ausgeschieden sind, hat das CJD zwei neue vorgeschlagen, die zu wählen wären.

Wortmeldungen seitens des KVPA zur Vorlage gibt es keine.

Der Landrat lässt über die Vorlage abstimmen.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 8 Maßnahmenkatalog zur Sicherung der Aufnahme/Betreuung von Flüchtlingen im Landkreis
Stendal
Vorlage: 123/2015**

Der Landrat erläutert, dass der KVPA beschlossen hat, den Maßnahmenkatalog ständig fortzuschreiben. Dieser wurde heute noch nicht vorgelegt. Der Punkt wurde jedoch auf die Tagesordnung gesetzt, da dies alle halbe Jahre geschehen soll. Das halbe Jahr ist im Oktober um. Dann wird der neue Maßnahmenkatalog vorgelegt. Als die Tagesordnung geschrieben wurde, ist festgestellt worden, dass das Thema Asyl trotzdem angesprochen werden sollte. Dies wird im heutigen Finanzausschuss um 17 Uhr auch noch einmal Thema sein.

Der Landrat erläutert nun den Anwesenden die aktuellen Zahlen mit Hilfe einer Präsentation (ist dem Ratsinformationssystem Session als Dokument beigelegt). Er möchte so weit als möglich für Transparenz sorgen und den Mitgliedern das Problem durch einzelne Zahlen ein Stück näher bringen. Wobei man die persönlichen Schicksale, die sich hinter jedem Flüchtling verbergen, nie vergessen darf. Jedoch muss das Problem auch beherrscht und die Größenordnung vergegenwärtigt werden.

Im Jahr 2012 waren es im Schnitt 10 Flüchtlinge pro Monat, im Jahr 2013 durchschnittlich 15 Flüchtlinge pro Monat und ab Anfang 2014, als er das erste Mal darüber im Kreistag im Februar informierte, dass die Zahl stetig steigt, waren es im Schnitt 30 Flüchtlinge pro Monat. Obwohl es keine verlässlichen Prognosen gibt, wurde im Jahr 2015 kalkuliert, dass im Schnitt 50 Flüchtlinge pro Monat kommen werden. Dies hat sich in den ersten Monaten bewahrheitet. Doch dann war abzusehen, dass die Zahlen explodieren. Im Sommer wurde gesagt, dass man sich auf insgesamt 1.311 Flüchtlinge für das Jahr 2015 einstellen muss. Bisher sind 595 Flüchtlinge im Landkreis Stendal eingetroffen, sodass erkennbar ist, welche Größenordnung noch kommt. Somit werden im Schnitt 200 Flüchtlinge pro Monat und 50 Flüchtlinge pro Woche für den Rest des Jahres in den Landkreis Stendal kommen. Da es sich dabei um Prognosen handelt, können es auch mehr sein.

Der Landkreis Stendal erfüllt immer noch seine Aufnahmeverpflichtung vom Land Sachsen-Anhalt. Er ist dabei einer der wenigen Kreise, der dies schafft. Insgesamt bekommt der Landkreis Stendal 5,7 % aller Flüchtlinge. Im September sollen laut Statistik 171 Flüchtlinge kommen, jedoch geht der Landrat davon aus, dass es bis zu 200 Flüchtlinge werden. Der Landrat stellt anhand seiner Präsentation fest, dass sich die Zahl der Flüchtlinge stark vervielfacht. Darauf muss man reagieren, und man muss wissen, wie viele Menschen bereits da sind und wie viele noch kommen werden. Deshalb sucht der Landkreis Stendal überall nach Unterkünften.

Der Landrat stellt in seiner Präsentation die verschiedenen Nationalitäten vor, die sich zurzeit im Landkreis Stendal aufhalten. Insgesamt sind es 25 Nationalitäten mit 15 verschiedenen Sprachen, wobei die Zahl der Flüchtlinge aus den jeweiligen Ländern variiert. So sind es z. B. manchmal mehr Afghanen, Bosnier oder Syrer.

Tendenziell werden es im Moment mehr Inder. Warum dies so ist, ist unklar. Ob sie bleiben können oder nicht, entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Herr Wiese meldet sich zu Wort und erfragt, wie lange die Entscheidung zur Abschiebung dauern würde?

Herr Stoll erklärt, dass dies für einen Syrer drei bis sechs Wochen dauern kann.

Weiter möchte Herr Wiese wissen, wie lange dies bei anderen Nationalitäten dauert.

Herr Stoll gibt an, dass es Spitzenwerte von bis zu elf Jahren gibt.

Herr Wiese weiß, dass dies der Landkreis Stendal nicht zu verschulden hätte, doch er fragt, wieso in diesen Fällen nicht schneller entschieden wird.

Herr Stoll erklärt, dass dies nur einzelne Ausnahmen sind.

Der Landrat fährt fort und erläutert, dass es nicht möglich ist, Wünsche, wie z. B. nur Syrer oder nur Familien anzunehmen, zu äußern. Nach wie vor hat man aber vorzugsweise Familien. Von den 850 Flüchtlingen, die derzeit im Landkreis Stendal leben, sind circa 380 unter 18 Jahre alt. Bei 45 % der Flüchtlinge sind Kinder mit dabei. Bei Afghanen sind es meist Alleinreisende.

Darüber hinaus leben im Landkreis Stendal Ausländer mit einer Aufenthaltsgenehmigung. D. h., wenn ein Syrer eine Aufenthaltsgenehmigung bekommt, fällt er aus der Statistik von Flüchtlingen raus. Neben den 850 Flüchtlingen gibt es noch 1.100 Menschen mit Aufenthaltsgenehmigung.

Herr Schulz gibt an, dass die Flüchtlinge nach den drei bis sechs Wochen bis zur Entscheidung aus der Statistik herausfallen und dann kein Flüchtlinge, sondern Ausländer mit Aufenthaltsgenehmigungen sind.

Der Landrat fährt fort, dass es mittlerweile 1.600 Menschen sind, die eine andere Nationalität haben.

Herr Wiese bemerkt, dass unter diesen Menschen diejenigen sind, die die Deutschen gern als Ärzte sehen. Wenn man die Sache prozentual betrachtet, dann stellen die Flüchtlinge hier 1 bis 1,5 % der gesamten Flüchtlinge in Deutschland dar, sodass sich keiner beschweren kann, denn die Vietnamesen und die Ärzte sind hier gern gesehen.

Der Landrat bestätigt, dass der Landkreis Stendal im Verhältnis zu anderen Teilen Deutschlands prozentual sehr tief angesetzt wurde. Insgesamt hat der Landkreis Stendal einen Anteil an Asylbewerbern von 1,7 %. In anderen Teilen Deutschlands kommt man auf 8 %.

Frau Hartmann, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Stendal, bringt an, dass Bremen sogar einen Anteil von 25 % hat.

Der Landrat: Von denen, die einen Aufenthalt haben oder die Deutsche werden wollen, haben wir 30 bis 40 Einbürgerungen im Jahr. Seit 2000 haben wir schon 442 Ausländer in Deutschland eingebürgert. Er zeigt mit Hilfe der Präsentation die Länderaufstellung bzw. Nationalitäten dieser 442 Menschen.

Er bittet Herrn Stoll zu erklären, was 57 Staatenlose zu bedeuten haben.

Herr Stoll erklärt, dass dies Personen sind, bei denen die Herkunftsländer nicht eindeutig geklärt sind. Im Asylverfahren gibt es unterschiedliche Aliasnamen und unterschiedliche Herkunftsländer. Schlussendlich wird festgestellt, dass der Asylantrag im Grunde stattgegeben wird, aber sie werden als Staatenlose trotzdem weitergeführt, weil bei einigen Ausländern nicht richtig zuzuordnen ist, wo sie hingehören. Die Personen haben sich im Verfahren vielleicht selber nicht entschieden und haben mehrere Länder angegeben. Deshalb führt man so eine Statistik mit Staatenlosen.

Herr Schirmer erkundigt sich, ob es in diesen Fällen keinen Sprachtest gäbe, um die Muttersprache herauszufinden?

Der Landrat und Herr Stoll erläutern, dass dies grundsätzlich so ist und über die Botschaften viel Aufklärung betrieben wird.

Der Landrat fährt fort, dass man jedoch nicht davon ausgehen darf, dass alle Botschaften ihre Leute zurückhaben wollen. Er hebt vor, dass dies ein sehr schwieriges und langwieriges Geschäft sei. Einige haben nur eine Botschaft in Europa, z. B. in Belgien. Nicht alle afrikanischen Länder haben in Deutschland Botschaften. Somit ist es nicht immer einfach herauszufinden, welche Nationalität die Asylanten besitzen. Jedoch gelingt dies meistens.

Nun spricht der Landrat über das Thema freiwillige Ausreise und Rückführung, welche auch im Volksmund Abschiebungen genannt werden. Denn wenn die Rückführungen nicht freiwillig erfolgen, sind es Abschiebungen. Letztes Jahr hatte der Landkreis Stendal 103 Abschiebungen. Im Jahr 2015 sind es bisher 35 Abschiebungen. Darunter waren Asylanten aus Jugoslawien.

Im Jahr 2014 hatte der Landkreis Stendal insgesamt 372 Flüchtlinge bekommen. Es erfolgten 103 freiwillige Ausreisen bzw. Rückführungen. Zurzeit sind es 35, was wesentlich weniger ist. Jedoch trägt dafür nicht der Kreis die Schuld, sondern dies sind Entscheidungen von Bund und Land. Wenn der Bund feststellt, dass die Asylanten keinen Aufenthalt in Deutschland bekommen, müssen sie ausreisen. Jedoch ist dem ein Verfahren vorgeschaltet, in dem der Kreis beim Land eine Anmeldung vorzunehmen hat. Und dann werden die Termine vergeben.

Der Landrat berichtet, dass er innerhalb der Verwaltung eine Strukturänderung vorgenommen hat, um das Ganze zu konzentrieren. Ein Sachgebiet für Asyl ist aufgrund der Größenordnung nicht praktikabel, sodass nun alles dem Sozialamt unterstellt ist. Das Sozialamt hat nach wie vor das Sachgebiet Wohngeld, Unterhaltsvorschuss und Kosten der Unterkunft (Sachgebietsleiterin Frau Jürgens). Des Weiteren hat das Sozialamt das Sachgebiet von Herrn Leonhardt, in dem Hilfe zur Pflege, was mit den Seniorenheimen, dem DRK und der Lebenshilfe zusammenhängt, und Behindertenförderung enthalten sind. Nun kommt das neue Sachgebiet Asyl hinzu, in dem Asylangelegenheiten und die Auszahlung von Leistungen an Asylbewerber konzentriert sind. Dieses Sachgebiet wird Frau Lange leiten. Zudem wird es ein weiteres neues Sachgebiet geben, in dem die Unterbringung geregelt wird. Dieses Sachgebiet befindet sich noch im Aufbau, und auch ein neuer Sachgebietsleiter wird benötigt. Das Sachgebiet wird sich in zwei Bereiche einteilen. Zum einen in die Unterbringung in der Stadt Stendal, welches Herr Heindorff, Leiter der Gemeinschaftsunterkunft, leiten wird. Daneben werden bis zu 15 Sozialarbeiter in diesem Bereich tätig sein. Der Verteilungsschlüssel ist ein Sozialarbeiter pro 100 asylsuchende Flüchtlinge. Zurzeit sind es neun Sozialarbeiter. Somit wird sich dieser Bereich noch weiter aufbauen. Zum anderen teilt sich das Sachgebiet in die Unterbringung im Kreisgebiet, wo noch eine Heimleitung gesucht wird. Diese Unterteilung erfolgte, da das Sachgebiet ohne die zwei Bereiche nicht mehr zu Händeln wäre, da die Asylbewerberzahl von 150 auf 850 angestiegen ist. Der Landrat betont, dass man davon ausgehen muss, dass die Zahl weiter ansteigt. Somit soll eine zweite Heimleitung für das Kreisgebiet aufgemacht werden. Hier werden die Sozialarbeiter ebenfalls nach dem Schlüssel 1:100 angestellt.

Frau Schulze, Haupt- und Personalamtsleiterin, fügt hinzu, dass dies die grobe Planzahl für 2016 sei.

Der Landrat fährt fort, dass der Stellenplan für 2016 in der Präsentation schon ein Stück weit eingearbeitet worden ist.

Im Bereich Unterbringung im Kreisgebiet ist ebenfalls der Strang Wohnungs- und Unterkunftsverwaltung sowie der Einkauf positioniert. Dieser wird zum Teil schon aufgebaut, denn es müssen in gewisser Größenordnung Betten, Schränke und dergleichen mehr beschafft werden. Dies wird die Einkaufsstelle regeln. Jedoch ist es ein schwieriges Geschäft geworden. Da Spenden allein nicht ausreichen, werden auch von der Bundeswehr und Polizei Betten und Schränke geholt.

Der Landrat erkundigt sich bei Herrn Stoll, in welchen Größenordnungen und woher die Ware bisher beschafft wurde.

Herr Stoll antwortet, dass es bisher 200 Betten aus Lüneburg waren.

Der Landrat fügt hinzu, dass man in Lüneburg jedoch wissen müsse, wo man die Betten wegholen darf.

Um die Wohnungssuche kümmern sich derzeit drei Mitarbeiter. Darunter ein hauptamtlicher Mitarbeiter (Herr Albrecht) und zwei Mitarbeiter (Frau Tandack, Herr Grempler), die neben ihrer eigentlichen Tätigkeit bis

Jahresende in diesem Bereich eingesetzt sind. Grund dafür ist, dass auch Verhandlungen mit privaten Wohnungsanbietern gesucht werden müssen. Diese Struktur wird sich entsprechend der Anzahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden aufbauen, um die Situation organisatorisch zu beherrschen.

Der Landrat erwähnt, dass das Lehrlingswohnheim auch in der Präsentation erfasst ist. Dieses war vorher mit der Gemeinschaftsunterkunft kombiniert. D. h. Herr Heindorff hat beide Einrichtungen geleitet. Doch das soll so nicht bleiben. Das Lehrlingswohnheim wird ab 1. Januar 2016 einem anderen Amt angegliedert, damit es vernünftig geführt wird.

Herr Wiese erkundigt sich, ob dies das Lehrlingswohnheim der Berufsschule ist?

Der Landrat verneint dies und Herr Stoll ergänzt, dass es zum Berufsbildungswerk Stendal gehört. Er erläutert, dass sich der Landkreis Stendal beim Berufsbildungswerk an der Stadtseeallee eingemietet hat. Dort wohnen die Berufsschüler, die unter 18 Jahre alt sind und wie in einem Internat in der Woche dort untergebracht sind. Für die Klassen, die nur in der Berufsschule des Landkreises unterrichtet werden, gibt es Landesklassen. Z. B. gibt es die Straßenbauer nur hier. Und die sind dann hier untergebracht.

Herr Wiese nimmt zur Kenntnis, dass dort Lehrlinge der Berufsschulen untergebracht sind.

Der Landrat fährt fort, dass dies bis zum Jahresende verändert werden soll. Der Landrat stellt diese Thematik schon vor, da die Entscheidung über Personal in einer bestimmten Entgeltgruppe spätestens beim Sachgebiets- bzw. Heimleiter im Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss getroffen wird. Die Stelle als Heimleiter wird somit demnächst für die Ausschreibung vorbereitet, denn auf Dauer kann diese Aufgaben Herr Heindorff nicht übernehmen. Er informiert weiter, dass bereits ein Bereitschaftsdienst im Bereich Asyl eingeführt wurde. So besteht die Möglichkeit, bei Problemen 24 Stunden lang erreichbar zu sein. Jedoch betrifft dies nicht nur Dinge, die in Wohnungen passieren können, sondern auch, wenn das Land am Wochenende Zuweisungen erteilt.

Herr Wiese möchte vom Landrat wissen, wie viele Flüchtlinge 2016 erwartet werden?

Der Landrat rechnet mit der mindestens gleichen Größenordnung wie dieses Jahr, also 1.311 Flüchtlinge. Er fährt fort, dass man sich etwas vormachen würde, wenn die Zahlen nach unten gehen. Dies sei aber rein spekulativ, da die Flüchtlinge aus den sicheren Drittstaaten in Zukunft in der zentralen Aufnahmestelle bleiben sollen. Doch wenn man sich täglich die Nachrichten ansieht, dann wird der Zustrom nicht geringer, sondern steigt auch in den nächsten Monaten weiter an. Deshalb sollte man sich auf die Größenordnung einstellen, wie in diesem Jahr. Jedoch kann niemand eine genaue Zahl nennen. Aus diesem Grund möchte der Landkreis Stendal vorbereitet und nicht auf Notlösungen angewiesen sein.

Der Landrat erwähnt, dass zwei Mal in der Woche ein neu eingerichteter Stab Asyl tagt, da die Flüchtlingsproblematik in der normalen Verwaltung nicht mehr zu Händeln war. So werden die Probleme zusammengeführt. Er betont, dass Zeltstädte das Problem nur vertagen würden und somit nicht in Betracht kommen. Wenn der Landkreis doch in Not geraten würde und auf einen Schlag 200 Flüchtlinge bekäme, dann würde sicher auch eine Turnhalle als Flüchtlingsunterkunft in Frage kommen. Eventuell muss dann die Berufsschulturnhalle, so wie bei der Flutkatastrophe, erhalten müssen. Ziel ist es trotzdem immer, Wohnungen als Unterkünfte zu finden. Doch dies ist schwer zu planen.

Herr Wiese meldet sich erneut zu Wort und sagt, dass hier nicht nur über das Jahr 2016 geredet wird, sondern das Thema bis circa 2020 präsent sein wird.

Der Landrat geht darauf ein und erklärt, dass dies nicht so leicht vorherzusagen ist. Er habe schon im Frühjahr dieses Jahres gesagt, dass der Landkreis Stendal dabei ist, das nächste Jahr voll zu planen. Man benötigt schließlich einen nächsten Vorlauf. Wenn der Landkreis jetzt erst nach Wohnungen suchen würde und sie eventuell auch bekäme, sind diese erst beziehbar, wenn Möbel aufgestellt sind. Allein die Möbelbelegung dauert geraume Zeit. Daher ist ein gewisser Vorlauf nötig, sodass der Kreis auf keine Notunterkünfte angewiesen ist. Übergangsweise werden sicher einige Notunterkünfte geplant werden, aber Ziel ist immer, vernünftige Unterkünfte (vorzugsweise Wohnungen) zu finden.

Frau Dr. Paschke meldet sich zu Wort und erklärt gegenüber dem Landrat, dass die gesamte Fraktion seine Presseerklärung begrüße, die versandt und auch über das Radio veröffentlicht wurde, dass er keine Zeltunterkunft als Lösung anstrebe und auch, dass seine Bestrebungen zu einem gewissen Vorlauf sehr gut seien. Auch die Einrichtung des Stabes Asyl unterstützt Frau Dr. Paschke.

Sie stellt nun die Frage im Namen der Fraktion, ob es möglich ist, dass man wöchentlich eine Kurzinformation an die Fraktionsvorsitzenden gibt, was es an neuen Erkenntnissen aus dem Stab heraus gibt und, dass dies immer automatisch auf die Tagesordnung der Fachausschüsse kommt, ohne, dass man es einfordert. Die Thematik betrifft viele Fachbereiche. So wird verhindert, dass man von der Tageszeitung überrascht wird. Die Abstände von den Kreistagen sind in der jetzigen Situation zu weit auseinander, um auf dem Laufenden zu bleiben.

Der Landrat bejaht die Frage und ist der Meinung, dass hier Transparenz eine große Rolle spielt. Auch wenn es nicht immer auf der Tagesordnung stehen wird. Unter Anfragen und Hinweise kann dies erfolgen, sodass wir stets darüber berichten.

Herr Wiese erklärt, dass er diese Lösung sehr gut findet, da er oft von der Bevölkerung zu dieser Thematik angesprochen wird. Die zurzeit 1,5 % ausländischen Bürger sind Peanuts im Vergleich zu anderen Teilen Deutschlands. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Bevölkerung Verständnis dafür bekommt, denn keiner möchte ein Tröglitz oder irgendwelche anderen chaotischen Situationen. Hier tragen wir eine große Verantwortung.

Der Landrat erklärt, dass abgewartet werden muss, wie es mit dem Bericht gehandhabt wird, da der Stab relativ regelmäßig mit der Presse arbeiten will, sodass es parallel erfolgen könnte.

Frau Dr. Paschke erkundigt sich nach den Angeboten zur Aufnahme aus den verschiedenen Außenstellen. Sie möchte wissen, ob dazu schon Kontakte bzw. Personen vorhanden sind oder ob im Kreisgebiet noch Angebote vorliegen, die schon eine Weile laufen, wo aber noch keine Flüchtlinge zugewiesen wurden?

Der Landrat erklärt, dass er dazu später noch in seiner Präsentation kommen wird.

Er präsentiert nun eine Folie über abgeschlossene Mietverträge. Es gibt eine zweite Folie über momentane Verhandlungen, die der Landrat im nichtöffentlichen Teil vortragen möchte.

Auf der aktuellen Folie über abgeschlossene Mietverträge ist zu sehen, dass es im Landkreis aktuell 887 belegte Plätze bei einer Kapazität von 1.033 Plätzen gibt und es fast jeden Tag mehr werden. Jedoch sind in der Zahl 1.033 die 60 Wohnungen aus dem Akazienweg mit dabei, die erst noch gebaut werden müssen. Wenn man diese Wohnungen abzieht, ist man bei einer Zahl von 970. Das bedeutet, dass man einen Vorlauf von 100 Wohnungen hat, was in der Realität zwei Wochen darstellt. Deshalb ist der Landkreis Stendal bei der Wohnungssuche so agil, um Vorlauf zu bekommen.

Herr Schulz erkundigt sich, warum auf der Folie eine Gemeinde nicht mit Namen genannt ist?

Der Landrat erklärt, dass dies ein Ortsteil von Tangerhütte ist und ein Versehen war.

Er fährt fort und geht auf die Beschlussvorlage DS Nr. 162/2015 „Überplanmäßige Ausgaben für die Aufnahme von Asylbewerbern“ ein, die im folgenden Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss und im nächsten Kreis- Vergabe- und Personalausschuss am 17.09.2015 behandelt wird. Die Aufnahme von Flüchtlingen kostet Geld. Deshalb wird eine überplanmäßige Ausgabe von 1.100.000,00 EUR für notwendige Arbeiten an bestimmten Unterkünften vorgeschlagen. Das hat jetzt bestimmte Größenordnungen erreicht, sodass der Kreistag darüber informiert werden und befinden muss. Die Maßnahmen sollen durch zusätzliche Einnahmen vom Land gedeckt werden. Ab September will das Land das Aufnahmegesetz im Landtag beraten und dann auch eine Veränderung beschließen. Die Finanzierung wird über das Aufnahmegesetz geregelt werden. Der Landrat meint, dass der Kreis circa 8.600,00 EUR pro Person im Jahr erhalten wird. Dort sind zum Teil die 1.100.000,00 EUR mit enthalten. Der Landrat zeigt nun die Folie mit der entscheidenden Tabelle, welche Mietverträge in welchen Städten abgeschlossen wurden. Die Tabelle ist nicht vollständig, da noch nicht alle Verträge abgeschlossen sind. Im Akazienweg müssen Fluchttreppen angebracht werden (100.000,00 EUR). In Stendal wird es noch weitere Objekte geben (500.000,00 EUR). Es wird nicht mehr so sein, dass die Vermieter bezugsfertige Objekte zur Verfügung stellen, sondern der Kreis noch viel investieren muss. Diese Objekte werden dann günstig zur Verfügung gestellt, jedoch muss noch Geld hinein gesteckt werden. Der Landrat betont, dass es alle Formen von Verträgen

gibt. Entweder sind die Objekte sofort bezugsfertig oder die Objekte müssen nur gemalert oder aber auch komplett saniert werden. Dies zeigt sich erst im Laufe der Verhandlungen.

Er fährt nun mit dem FTZ fort. Dort sind die zweite und die dritte Etage frei. Hier sollen übergangsweise 100 Flüchtlinge untergebracht werden (300.500,00 EUR). Das FTZ muss sowieso saniert werden, sodass dies eine gute und nachhaltige Investition wäre. Dies ist somit ein Puffer, bevor man in Wohnungen ausweichen muss. Die zweite und dritte Etage wurden bei der Flutkatastrophe vom THW und der Bundeswehr genutzt, sodass genügend Betten vorhanden sind. Dies ist keine ewige Lösung, jedoch als Übergang durchaus möglich. In Osterburg gibt es ein Objekt mit 65 Wohnungen (100.000,00 EUR). Hier ist der Vertrag aber noch nicht abgeschlossen. Dieser wird in den kommenden Tagen unterschrieben.

Herr Schulz erkundigt sich beim Landrat, ob das Objekt in Osterburg Kreiseigentum ist?

Der Landrat verneint dies. In Tangerhütte gibt es ein Objekt, in dem vorübergehend Platz für 150 Flüchtlinge ist, welches aber für 100.000,00 EUR erst noch hergerichtet werden muss. In Summe sind es aber schon 1.100.000,00 EUR.

Er erläutert nun, dass knapp 5.400.000,00 EUR bis zum 30.06.2015, also für ein halbes Jahr, für den Bereich Asyl bisher ausgegeben wurden. Das alles wird später im Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss und dann auch im Kreistag beraten.

Zum Oktober wird der Maßnahmenkatalog in abgewandelter fortgeschrieben.

Herr Schulz meldet sich zu Wort und spricht Lob für den Landrat aus. Er schätzt, dass so energisch und frühzeitig die Vorbereitungen zur Aufnahme von Flüchtlingen und auch zur Verteilung getroffen werden. Auch für die Kleinstädte, die bisher noch nichts mit Flüchtlingen zu tun hatten, ist es ein großer neuer Schritt, der aber auch bewältigt wird. Es ist richtig, so frühzeitig zu arbeiten. Er berichtet vom Wochenende in der Partnerstadt Osterburgs, Wielun in Polen. Der Bürgermeister konnte nicht kommen und musste sich entschuldigen, da zwei Tage vorher vom Landkreis einfach unangekündigt 200 Flüchtlinge in den Ort geschickt haben. Der Ort war nicht zur Unterbringung von Flüchtlingen eingeplant. Deshalb ist Herr Schulz froh, dass es im Landkreis Stendal ordentlich vorbereitet wird und wenn Kapazitäten geschaffen werden. Er erklärt, dass sich der Landkreis auf dem richtigen Weg befindet.

Herr Wiese berichtet außerdem, dass er im Waldbad in Seehausen mit 20 anderen Bürgern zusammengesessen hat und über die aktuelle Lage der Asylanten sowie über die Lösung des Problems diskutiert wurde. Die Menschen konnten in dieser Begegnung zuhören, und so ist es möglich, eine Willkommenskultur zu schaffen.

Der Landrat merkt an, dass er im nichtöffentlichen Teil etwas zu den Verhandlungen sagen wird.

zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

Herr Wiese meldet sich zu Wort und gibt einen Hinweis zur Kreisstraße, der Verlängerung von Seehausen nach Beuster. Er beklagt, dass die Beschaffenheit der Straße nicht besser wird. Er weiß über die Situation und auch über die Autobahnangelegenheit Bescheid. Auch vertritt er die Meinung vom Landrat. Jedoch wurde er darum gebeten nachzufragen, ob es Ausbesserungsmaßnahmen geben wird oder nicht.

Der Landrat gibt den Sachverhalt an Herrn Dr. Gruber weiter und bietet an, die Kreisstraßenmeisterei nach Seehausen zu schicken und Fehlstellen zu beseitigen. Er erklärt allen, dass dies eine Kreisstraße sei und in der Planung für die A 14 enthalten ist. Die Kreisstraße soll in dieser Planung zu einer Landesstraße aufgestuft werden. Nun ist fraglich, ob der Kreis bereit ist, eine Straße zu bauen, die später eine Landesstraße wird oder ob es in die Autobahnangelegenheit mit hinein gebracht wird? Deshalb ist der Landrat vorsichtig und möchte nur Maßnahmen treffen, die wirklich notwendig sind, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Herr Wiese bestätigt, dass er die gleiche Meinung vertritt.

Herr Schulz meldet sich zu Wort und spricht das Thema STARK III an. Es soll eine Resolution bezüglich der Mindestschülerzahlen beschlossen werden. Er erkundigt sich nach neuen Erkenntnissen und Signalen vom Land, wie eng die Anzahl 80 für Grundschüler als Mindestschülerzahl gesehen wird? Oder ob der alte Stand noch aktuell ist.

Der Landrat gibt zu Kenntnis, dass noch keine neuen Erkenntnisse zum Thema vorliegen.

Weitere Wortmeldungen im öffentlichen Teil gibt es nicht.

Der Landrat schließt sodann den öffentlichen Teil der Sitzung.